

2189/J XXI.GP  
Eingelangt am: 21.03.2001

## ANFRAGE

des Abgeordneten Lackner  
und GenossInnen  
an den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen  
betreffend Gesundheitssystem und Krankenkassen

Österreich gehört zu den zehn reichsten Ländern der Welt und gibt nur 8,3 Prozent des BIP oder 2.000 Dollar pro Kopf für die Gesundheit aus. 70,6 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher sind mit der medizinischen Versorgung sehr zufrieden oder zufrieden. Im Europadurchschnitt sind 41 Prozent der Menschen zufrieden. Tatsächlich wird derzeit nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen Staaten eine Debatte über die Finanzierung des Gesundheitssystem geführt. Das zeigt, dass es nicht nur um das Defizit der Krankenkassen geht. Fast überall warnen Experten vor steigenden Gesundheitsausgaben. Vergleicht man aber die Gesundheitssysteme selbst, schneidet Österreich überraschend gut ab. Zu diesem Ergebnis kommt nun auch eine EU - Studie der Weltgesundheitsorganisation, der Weltbank, der Europäischen Investitionsbank und der renommierten London School of Economics and Political Science.

Bei den öffentlichen Ausgaben liegt Österreich unter dem EU - Schnitt. Gemessen am BIP ist der öffentliche Anteil mit 5,9 Prozent sogar unter dem Wert der USA von 6 Prozent. Auch auf der Ergebnisseite sieht die Bilanz durchaus positiv aus. Die Lebenserwartung der älteren Menschen steigt sogar fast stärker als in anderen Ländern. Gleichzeitig sinkt die frühzeitige Mortalität - sprich die Quote der Sterbefälle vor der Pension - stark. Man kann deshalb durchaus sagen, dass das System effizient arbeitet. Selbstverständlich gibt es im österreichischen Gesundheitswesen auch bekannte Schwachstellen und neue Herausforderungen. Doch wie die blau - schwarze Koalition jetzt das Problem angeht, führt nicht zu einer Weiterführung und Optimierung des hervorragenden Systems sondern zur Zerschlagung der Kassen und des Solidaritätsprinzips. Jeder Kranke soll gezwungen werden, sich das Kranksein zu finanzieren. Es werden primär ältere und kranke Menschen zur Kasse gebeten. Die Höhe und Struktur der Gesundheitsausgaben hängt stark vom Alter und Gesundheitszustand der Patienten ab. So fällt ein beträchtlicher Teil (zwischen einem Drittel bis zur Hälfte) der individuellen Gesundheitsausgaben in den letzten Jahren eines Menschenlebens an. Bezieher relativ niedriger Einkommen und kinderreiche Familien werden wesentlich stärker betroffen sein. Durch Selbstbehalte laufen gerade sozial benachteiligte Menschen in Gefahr, in die Spirale noch kranker und noch ärmer zu werden. Insgesamt sei zu bemerken, dass die Versicherungsprämien bei privaten Versicherern überproportional steigen, das Preis - Leistungs - Verhältnis jedoch schlechter ist. Während Private nur 75 Prozent der Prämien wieder ausschütten, sind dies in der österreichischen Versicherungslandschaft 90 Prozent.

Die SPÖ orientiert sich an dem Gesundheitssystem, das solidarisch organisiert ist und Selbstbehalte widersprechen diesem Solidaritätsprinzip. Oberstes Ziel der Gesundheitspolitik in einem sozialstaatlichen System ist es den freien Zugang zu Gesundheitsgütern und Dienstleistungen zu gewähren. Es darf zu keiner Zwei - Klassen - Medizin kommen. Niemand soll von der medizinischen Behandlung ausgeschlossen werden, weil er/sie sich die medizinische Versorgung, oder die Versicherungsprämie nicht leisten kann oder wenn ihm seine Versicherung aus z.B. Alters - oder Gesundheitsgründen die volle Risikodeckung verweigert.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

### **ANFRAGE**

1. Ist ein Abgehen von der Pflichtversicherung hin zur Versicherungspflicht geplant?
2. Ist Ihrerseits ein klares Bekenntnis zu bewährten Sozialversicherung mit Pflichtversicherung zu erwarten?
3. Ist die Arbeitsgruppe, die im Regierungseinkommen geplant ist zur Überprüfung ob ein Wechsel in dieser wichtigen Angelegenheit möglich ist, bereits installiert?
4. Wenn ja, gibt es bereits erste Erkenntnisse?
5. Wenn nein, aufgrund welcher Tatsachen wird davon Abstand genommen?
6. Ist seitens der Regierung geplant, ein Reformkonzept zu erarbeiten, oder wird diese Arbeit ausschließlich den Sozialpartnern und der Opposition überlassen?